

Finanz- und Wirtschaftskrise: Die Politik der Bundesregierung versus Forderungen der Zivilgesellschaft

Die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise ist die schwerste seit der großen Depression in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Die Bundesregierung hat – teilweise auch in internationaler Abstimmung – ein ganzes Bündel von Maßnahmen ergriffen, um die schlimmsten Folgen der Krise zu mindern. Doch die Kritik daran ist vielfältig und kommt von bedeutenden gesellschaftlichen Gruppen. In der Zivilgesellschaft ist die Sorge groß, dass im Zuge der Krise Gewinne privatisiert, Verluste aber sozialisiert – also von den Steuerzahler gegenfinanziert werden.¹

Uwe Kerkow

Obwohl deutsche Banken zum Teil erheblichen Risiken aus US-amerikanischen Ramschkrediten ausgesetzt waren (und sind), hat die Bundesregierung die Brisanz der Krise für Deutschland offensichtlich lange unterschätzt.² Auch hat man in Berlin wohl noch eine ganze Zeit gehofft, dass sich die Auswirkungen des Finanzcrashs auf die deutsche Wirtschaft trotz deren starker Exportorientierung in Grenzen halten würden. So ließ sich der damalige Bundeswirtschaftsminister Michael Glos im März 2008 im Handelsblatt mit der Einschätzung zitieren: „Wir haben bisher noch keine Anzeichen dafür, dass die Probleme in den USA auf die Konjunktur in Deutschland überspringen.“³ Und auch Ex-Bundesaußenminister Steinmeier betonte im April 2008 in der gleichen Zeitung: „Wir haben in Europa keine wirtschaftliche Rezession.“⁴

Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte am 2. Juni 2009 überdies fest: „Der zweite Punkt ist, dass sich das Ganze international abgespielt hat. Das heißt, es war dem Zugriff einzelner Nationalstaaten weitestgehend entzogen.“ Und im gleichen Vortrag sprach sie von der „Weigerung, an den großen Börsen dieser Welt überhaupt irgendwelche Regeln anzunehmen“.⁵ Eine solche Sicht der Dinge verkennt – ob unabsichtlich oder vorsätzlich – die Tatsache, dass die Bundesregierungen die Regeln für die Finanz-

marktakteure in den letzten beiden Legislaturperioden systematisch gelockert oder gänzlich abgeschafft hatten. Zu nennen sind hier besonders die Erleichterungen für den Verbriefungsmarkt, bei Firmenübernahmen und die Zulassung von Hedgefonds.⁶

Die monetären Maßnahmen der Bundesregierung

Trotz ihrer skeptischen Haltung gegenüber aktiver Konjunkturpolitik⁷ hat die Bundesregierung – teilweise auch in internationaler Abstimmung – eine ganze Reihe von Schritten unternommen, um die schlimmsten Folgen der Krise zu mindern. Die monetären Maßnahmen teilen sich folgendermaßen auf:⁸

- 400 Milliarden Euro wurden für den »Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung« (SoFFin) zur Rettung angeschlagener Banken zugesichert.
- Zusätzlich wurden 80 Mrd. Euro direkt für Kapitalhilfen und Risikoübernahmen eingestellt.
- 100 Milliarden Euro beträgt das zugesicherte Bürgschaftsvolumen für Unternehmenskredite und –anleihen (»Schutzschirm« für Unternehmen mit starker Komponente für die Autoindustrie).

- Das Kurzarbeitergeld wurde auf 18 Monate verlängert.⁹
- Elf Milliarden Euro wurden für das »Konjunkturpaket I« eingestellt, das Steuerleichterungen beinhaltet sowie Infrastrukturprojekte mit Schwerpunkt Straßenverkehr.
- 50 Milliarden Euro stehen für das »Konjunkturpaket II« zur Verfügung, aus dem die »Abwrackprämie« finanziert wurde und woraus neben einem »Kinderbonus«¹⁰ und Investitionen in die Infrastruktur weitere Steuersenkungen bestritten werden.

Angesichts der Höhe der Ausgaben werden die Präferenzen der Bundesregierung schon auf den ersten Blick deutlich: Für die Absicherung von Schulden (»bailout«) wird eine neun- bis zehnmal so hohe Summe mobilisiert wie für die Förderung wirtschaftlicher Tätigkeit mittels der beiden Konjunkturpakete. Ein anderer Vergleich erlaubt es, die Dimensionen der Stützungsmaßnahmen in den Blick zu nehmen: Die Arbeitsmarkt-Aufwendungen des Bundes schlugen 2007 mit etwa 42,2 Mrd. Euro zu Buche. Mit den für SoFFin sowie Kapitalhilfen und Risikoübernahmen eingestellten 480 Milliarden Euro hätte die Arbeitsmarktpolitik des Bundes über elf Jahre lang finanziert werden können.¹¹

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac kritisierte das Gesetz zur Finanzmarktstabilisierung als „unsozial und undemokratisch“ und forderte die Regierung auf, das „Rettungspaket nur zusammen mit einer Sonderabgabe auf Vermögen zu verabschieden“. Die Regierung verlange vom Parlament einen „Blankoscheck“ – „ohne jegliche demokratische Kontrolle, welche Banken das Geld zu welchen Bedingungen erhalten und wer die Kosten trägt“.¹²

1 Die gender-politischen Implikationen der aktuellen Wirtschaftskrise hat Christa Wichterich für den diesjährigen Social Watch Report Deutschland zusammengefasst.

2 Vgl. etwa Bundestagsdrucksache 16/6546 vom 28.9.2007, <www.bundesfinanzministerium.de/nr_53848/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Finanz_und_Wirtschaftspolitik/230409_UA_HRE_BTD3a.property=publicationFile.pdf>.

3 Siehe <www.bundesregierung.de/nr_774/Content/DE/Interview/2008/03/2008-03-27-interview-glos-handelsblatt.html>.

4 Siehe <www.bundesregierung.de/nr_774/Content/DE/Interview/2008/04/2008-04-10-handelsblatt-frank-walter-steinmeier.html>.

5 Siehe <www.bundesregierung.de/nr_774/Content/DE/Rede/2009/06/2009-06-02-merkel-insm.html>. Bundeskanzlerin Merkel hat im Zusammenhang mit der Finanzkrise sogar vom „Erpressungspotential einzelner Akteure“ gesprochen. Siehe <businesscrime.de/?p=400>.

6 Eine gute Übersicht über die Deregulierungsmaßnahmen der rot-grünen Regierung und der Regierung der großen Koalition im Finanzbereich ist unter <www.bundesfinanzministerium.de/nr_1928/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Geld_und_Kredit/Aufgaben_und_Ziele/Das_Ziel_fest_im_Blick.html> zu finden. Vgl. dazu auch <www.nachdenkseiten.de/?p=3692>.

7 So heißt es etwa in „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ Monatsbericht 08/2009 des BMWi: „Wenngleich Deutschland (...) eher gemischte Erfahrungen mit aktiver Konjunkturpolitik gesammelt hat, sind (...) in dieser Ausnahmesituation (...) zeitlich begrenzte Stabilisierungsmaßnahmen des Staates dringend erforderlich.“ Siehe <www.bmw.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Monatsbericht/schlaglichter-der-wirtschaftspolitik-08-2009.property=pdf,bereich=bmw,sprache=de,rwb=true.pdf>.

8 Siehe <wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=61741287&ref=Image039/2009/01/23/BERTEL_SPW_22429326.jpg>. Vgl. auch <www.bundesregierung.de/nr_774/Content/DE/Regierungserklaerung/2008/2008-10-15-merkel-bl-regierk-finanzmarktstabilisierungsgesetz.html>.

9 Siehe <www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/A06-Schaffung/A062-Beschaeftigungsverhaeltnisse/Publikation/pdf/VO-Bezugstrist-Kug-27112008.pdf>.

10 Vgl. dazu auch den Beitrag von Verena Liessem im diesjährigen Social Watch Report Deutschland.

11 Vgl. Finanzplan des Bundes 2008 – 2012, <www.bundesfinanzministerium.de/nr_67914/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Finanz_und_Wirtschaftspolitik/Bundeshaushalt/Bundeshaushalt_2009/Finanzplan_08_012.templateId=raw.property=publicationFile.pdf> und eigene Berechnung.

12 Siehe <www.attac.de/aktuell/krisen/pressemitteilungen/detailansicht/datum/2008/10/15/banken-rettungspaket-mit-sonderabgabe-auf-vermoegen-koppeln>.

Ein Glaubwürdigkeitsproblem

Im Unterschied dazu „würdigte“ der Präsident des Diakonischen Werkes, Klaus-Dieter Kottnik, das Finanzpaket zur Bankenrettung zwar, warnte aber gleichzeitig entschieden davor, die dafür aufgewandten Milliarden „bei den Armen in Deutschland und weltweit“ einzusparen. Es gebe ein „Glaubwürdigkeitsproblem der Bundesregierung angesichts eines noch nie da gewesenen Gegensatzes von Arm und Reich in Deutschland“. Konkret bezog sich Kottnik auf das Bildungs- und Gesundheitssystem und mahnte an, dass Ressourcen in einer Weise verteilt werden müssten, die „die Bürger als gerecht erkennen können“. In keinem Fall dürfe die Angst von Bürgern instrumentalisiert werden.¹³

Doch nicht nur im Hinblick auf die Rettung der Finanzbranche – auch in Bezug auf die Ausgabenprogramme der Bundesregierung fiel die Kritik deutlich aus. Nach Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes sollen die Gemeinden in Deutschland aus beiden Konjunkturprogrammen 11,51 Milliarden Euro erhalten. Allerdings werden in den nächsten Jahren gleichzeitig Steuersenkungen wirksam, die die Etats der Kommunen um sechs Milliarden Euro schmälern. Es bleibe „am Ende nicht einmal die Hälfte der versprochenen Summe. (...) Ob so Jobs gerettet werden können, ist fraglich“, zweifelte der DGB.¹⁴ Der bayrische Landes-Caritasdirektor Karl-Heinz Zerrle kritisierte, dass die Möglichkeiten, die das Konjunkturpaket II für den Ausbau und die Modernisierung der sozialen Einrichtungen biete, viel zu gering seien. Gar kein Geld sei darin für die Beratungsstellen vorgesehen, die in Krisenzeiten besonders stark in Anspruch genommen würden.¹⁵

Gesetzgeberische Maßnahmen zur Stützung von Banken...

Im Fortgang der Krise verabschiedete die Bundesregierung im März 2009 – gegen den Widerstand der Banken und Teile der Anhängerschaft von CDU/CSU – das »Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung (Rettungsübernahmegesetz)«. Dieses enthält Komponenten, die eine Verstaatlichung von Banken möglich machen.¹⁶

13 Siehe <www.diakonie.de/pressemitteilung-dw-ekd-1330-diakonische-konferenz-fordert-mehr-gerechtigkeit-in-4834.htm>.

14 Siehe <dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/k/klartext05_2009.pdf>.

15 Siehe Pressemitteilung des Caritas Landesverbandes vom 4. März 2009, <www.caritas.de/2338.asp?detail=true&id=19969>.

16 Siehe <www.bundesfinanzministerium.de/nn_3378/DE/Presse/Reden_20und_20Interviews/115_M_Bundestag_060309.html>.

Im Zuge der Finanzkrise musste die Bundesregierung bisher in drei größeren Fällen die Stützung respektive Rettung angeschlagener Banken aktiv managen. Das Vorgehen der Bundesregierung in solchen Krisen nahm ab Mitte 2007 zunächst im Umgang mit der Industriebank (IKB) Gestalt an, an der auch die in Staatshand befindliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beteiligt war. Zunächst hatte die Bundesregierung 1,2 Milliarden Euro direkt zugeschossen und die KfW ist nun einer „bilanziellen Gesamtbelastung“ von rund acht Mrd. Euro ausgesetzt.¹⁷ Dennoch wurde das Institut ein Jahr später für einen – nicht offiziell bestätigten – Kaufpreis von rund 100 Mio. an den Hedgefonds *Lone Star* verkauft.¹⁸ Fall zwei: Anfang 2009 beschloss die Bundesregierung eine 25-prozentige Beteiligung an der Commerzbank zu erwerben.¹⁹ Insgesamt hat die Bundesregierung für die Transaktion etwa zehn Mrd. Euro aufgewandt – 1,77 Mrd. Kaufpreis für ein entsprechendes Aktienpaket und 8,2 Mrd. als so genannte stille Einlage.²⁰ Dennoch verzichtet die Bundesregierung ausdrücklich auf jeglichen Einfluss auf die geschäftlichen Aktivitäten der Bank.²¹ Zudem hat die Bundesregierung die Hypo Real Estate (dritter Fall) am 5. Oktober 2009 – als erste Bank in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – verstaatlicht. Zuvor hatte die Bundesrepublik für das Institut in einer beispiellosen Stützungsaktion Bürgschaften von über 100 Mrd. Euro übernommen.²² Noch ist allerdings nicht deutlich geworden, welche Pläne die Bundesregierung mit dem Institut hat.

Auch diese Maßnahmen zogen zum Teil heftige Kritik auf sich. Attac etwa verlangte: Wenn der Staat – und damit die Steuerzahler – die Risiken übernehmen, müssten sie auch von etwaigen künftigen Gewinnen profitieren können – das habe man in Schweden schon erfolgreich praktiziert. Als Eigentümer müsse der Staat zudem das Management austauschen können, das das Desaster verantwortete. Um das Ausmaß des Schadens transparent zu machen, solle

17 Siehe <http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_53848/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Geld_und_Kredit/016_Verkauf_der_KfW-Anteile_FAQ.html?__nnn=true>.

18 Süddeutsche Zeitung vom 21. Aug. 2008, siehe <www.sueddeutsche.de/finanzen/198/307153/text/>.

19 Siehe <http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_53848/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Finanz_und_Wirtschaftspolitik/Finanzpolitik/013a_Commerzbank.html?__nnn=true>.

20 Siehe etwa Spiegel Online <www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,600218,00.html>.

21 Bundestagsdrucksache 16/11999, <dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/119/1611999.pdf>.

22 Siehe <http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_69116/DE/Buergerinnen_und_Buerger/Gesellschaft_und_Zukunft/finanzkrise/090715_hre.html?__nnn=true>.

zudem ein Mitglied des Bundesrechnungshofes in das Management delegiert werden. Die verstaatlichten Banken müssten darüber hinaus ihre Niederlassungen in Steueroasen schließen und jegliche Geschäfte mit oder über solche Territorien unterlassen.²³ Ganz ähnlich äußerte sich der Deutsche Gewerkschaftsbund in diesem Zusammenhang: „Öffentliches Geld darf es nur gegen Eigentumsrechte und direkte Einflussnahme auf die Geschäftspolitik geben“.²⁴

Insgesamt beliefen sich die Stabilisierungshilfen für Banken zum Stichtag 8. Oktober 2009 auf 155,6 Milliarden Euro. Davon entfielen 127,7 Milliarden Euro auf Garantien, 21,9 Mrd. dienten der Aufstockung der Eigenkapitalmittel verschiedener Institute und 5,9 Mrd. Euro entfielen auf Risikoübernahmen. Anträge auf Hilfen haben bisher 24 Unternehmen aus der Finanzbranche gestellt. Zusammen genommen geht es dabei um 232,9 Milliarden Euro.²⁵

... und gleichzeitig zur Begrenzung der öffentlichen Ausgaben

Im Juni 2009 schließlich verabschiedeten Bund und Länder die so genannte »Schuldenbremse«. Dabei handelt es sich um eine de facto Kreditaufnahmebeschränkung für die öffentliche Hand mit deren Hilfe die strukturelle jährliche Nettokreditaufnahme ab 2016 auf 0,35 Prozent des Bruttonationaleinkommen (BNE) beschränkt wird. Das Gesetz hat Verfassungsrang, bietet aber eine Reihe von Ausnahmeregelungen – so etwa in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Die Bundesländer dürfen ab 2020 überhaupt keine neuen Kredite mehr aufnehmen. Der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück wurde von der Frankfurter Allgemeinen mit der Feststellung zitiert, dass der Beschluss auch ein Signal an die Bürger sei, dass der Staat die Staatskassen nach der Finanzkrise wieder konsolidieren werde. Auch für den ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger kam die Regelung „gerade in der Krise zum richtigen Zeitpunkt“. Seiner Meinung nach könne die Schuldenlast der Bundesrepublik in den nächsten Jahren auf bis über 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen.²⁶

23 Siehe <www.attac.de/aktuell/krisen/pressemitteilungen/detailansicht/datum/2009/01/30/verluste-fuer-steuerzahler-gewinne-fuer-aktionaere>.

24 Standpunkt 1/2008, „Die Banken, nicht die Bankiers retten“, <www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/s/standpunkt012008.pdf>. Diese Auffassung bekräftigte der DGB ein halbes Jahr später in Standpunkt 1/2009, <www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/s/standpunkt012009.pdf>.

25 Pressemitteilung des SoFFin vom 6. Okt. 2009, <www.soffin.de/downloads/20091009_PN_SoFFin.pdf>.

26 Siehe <www.faz.net/s/Rub09EEF84AC1E4A389ABDC6C23161FE44/Doc-E467E486A0B3D424C3BE06E5DFA836CA5-ATpl-Ecommon-Sccontent.html>.

Demgegenüber macht der DGB geltend, dass die Schuldenbremse der Finanzpolitik soziale und demokratische Handlungsspielräume sowie „Krisenreaktionsmöglichkeiten“ raube. Schon heute betrage der Investitionsstau allein in den Kommunen rund 704 Milliarden Euro. Dieser werde nun in Bund, Ländern und Kommunen weiter wachsen. Das sei „fahrlässig und schlicht kontraproduktiv“ und führe dazu, dass künftige Generationen „eine dramatisch schlechtere Infrastruktur“ erben werden.²⁷

Insgesamt ist die Furcht bei Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Nichtregierungsorganisationen (NRO) groß, dass die Bundesregierung versuchen wird, die sinkenden finanzpolitischen Spielräume durch Kürzungen bei den sozialen Leistungen aufzufangen. Der bayrische Landes-Caritasdirektor Zerrle etwa fürchtet, dass die Krise vermutlich dazu führen werde, dass der Staat und die Kostenträger in den kommenden Jahren weniger Geld für soziale Aufgaben zur Verfügung stellen werden. Gleichzeitig entstünde aber zusätzlicher Bedarf: „Die Krise trifft die Caritas gleich zweifach.“ Immer mehr Menschen kämen und bäten um eine finanzielle Beihilfe. Sozialhilfe und Hartz IV reichten einfach nicht. Andere bekämen Probleme, „weil ihre Löhne zu niedrig sind“. Zerrle forderte ein „staatliches Rettungspaket für die Armen und Schwachen“.²⁸

Die Bedenken werden auch von Wissenschaftlern geteilt. Christoph Butterwegge, Professor für Politologie an der Uni Köln, warnt: „Perspektivisch droht das Gemeinwesen in einen Wohlfahrtsmarkt sowie einen Wohltätigkeitsstaat zu zerfallen.“ Auf dem Wohlfahrtsmarkt würden sich die BürgerInnen, die es sich finanziell erlauben können, künftig soziale Sicherheit (etwa private Altersvorsorge und Krankenversicherung) kaufen. Dagegen stelle der Sozialstaat bald „nur noch euphemistisch »Grundsicherung« genannte Minimalleistungen bereit, die Menschen vor dem Verhungern und Erfrieren bewahren“. Ansonsten würden die Betroffenen jedoch der Obhut karitativer Organisationen und privater Wohltäter überlassen.²⁹

Woher soll das Geld kommen?

Das finanzielle Dilemma der öffentlichen Hand beschäftigt auch die Wirtschaftswissenschaftler:

27 DGB, 5. März 2009, <www.dgb.de/2009/03/05_matecki_schuldenbremse>.

28 Pressemitteilung des Caritas Landesverbandes vom 4. März 2009.

29 Siehe <www.nachdenkenseiten.de/?p=4215>.

Hohen Ausgaben für die Bankensanierung und etwaige Konjunkturmaßnahmen stehen heute schon sinkende Steuereinnahmen³⁰ und bald auch noch die selbst auferlegte Schuldenbremse gegenüber. Die meisten Empfehlungen von Volkswirten halten an einer angebotsorientierten Ausrichtung der Finanzpolitik fest: Sie empfehlen die Entlastung der Unternehmen und gestehen Steuererhöhungen allenfalls bei indirekten Steuern zu.

So rieten das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) der Bundesregierung schon im Mai 2009, eine „deutliche“ Mehrwertsteuererhöhung für 2011 anzukündigen.³¹ Noch drastischer sind die Vorstellungen von Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitutes (HWWI). Er verlangt eine Mehrwertsteuererhöhung nicht, um Haushaltslöcher zu stopfen. Straubhaar möchte die Einnahmen dazu verwenden, die Lohnnebenkosten zu senken, indem die Sozialversicherungssysteme künftig über Steuern finanziert werden.³²

Doch scheinen die Meinungen über die Finanzierung staatlicher Aktivitäten unter Ökonomen nicht einhellig zu sein: Die Financial Times Deutschland zitierte das DIW mit einer unveröffentlichten Studie, in der vorgeschlagen wurde, der deutsche Fiskus könnte durch eine stärkere Besteuerung von Vermögen rund 25 Milliarden Euro mehr im Jahr einnehmen. Dazu müsste die künftige Bundesregierung die Vermögenssteuern lediglich auf das Durchschnittsniveau der OECD-Staaten anheben.³³

Einig sind sich NRO, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften mit der Wissenschaft, dass die Einnahmen erhöht werden müssen. In der Zivilgesellschaft besteht allerdings weitgehend Konsens darüber, dass Wohlhabende und Unternehmen künftig wieder mehr zur Finanzierung gemein-

schaftlicher Aufgaben beitragen müssen. So hält der DGB fest, dass „die hohen und sehr hohen Einkommen, Vermögen und Erbschaften von Privaten wieder deutlicher für eine gerechte Sozialstaatsentwicklung“ herangezogen werden müssten. Auch Unternehmen müssten wieder stärker besteuert und der Steuervollzug gestärkt werden.³⁴ Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di geht davon aus, dass höhere Vermögens- und Unternehmenssteuern die Steuereinnahmen um jeweils circa 20 Milliarden Euro erhöhen würde, ein höherer Erbschaftsteuersatz zusätzlich sechs und ein konsequenterer Steuervollzug weitere zwölf Mrd. Euro Einnahmen für die Staatskassen erbringen würde.³⁵

Über die Frage »Wer soll zahlen?« hinaus haben sich die KritikerInnen des Krisenmanagements der Bundesregierung auch Gedanken darüber gemacht, wie man die Steuereinnahmen besser sichern und etwa Steuerflucht künftig besser einschränken könne. In einem Aufruf des Netzwerks Steuergerechtigkeit „zur konsequenten Austrocknung von Steueroasen“ wandten sich im März 2009 eine Vielzahl deutscher NRO an die Bundesregierung. Ihre Begründung: Die Finanzkrise habe „in dramatischer Zuspitzung deutlich gemacht, in welchem Ausmaß Gesellschaften weltweit ökonomisch und sozial von der Intransparenz und Regellosigkeit der globalen Finanzmärkte bedroht sind.“ Die Steueroasen trügen daher „eine Mitschuld an der derzeitigen Krise“. Steuer- und Kapitalflucht sowohl aus Industrie- als auch aus Entwicklungsländern habe „katastrophale Folgen für öffentliche Haushalte“.³⁶

Ökologie? Kaum ein Thema

Ökologische Fragestellungen haben in den Reaktionen der Bundesregierung auf die Finanzkrise – sowie in der Diskussion um dieses Thema – nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Allerdings zogen etwa die starke Orientierung der

30 Ex-Bundesfinanzminister Steinbrück hatte im Mai von 48 Mrd. Euro in 2009 und 305 Mrd. kumuliert bis 2013 gesprochen. Seitdem ist das Thema weitgehend aus der Berichterstattung verschwunden. Siehe <www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,623869,00.html>. Den Rückgang der Steuereinnahmen in 2009 gegenüber dem Vorjahr beziffert das Bundesfinanzministerium auf 6,3 %. Siehe <www.bundesfinanzministerium.de/mn_53848/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Monatsbericht__des__BMF/2009/08/statistiken-und-dokumentationen/finanzwirtschaftliche-entwicklung/tabellen/Tabelle__S04.html?__nnn=true>. Das sind Mindereinnahmen von 15,1 Mrd. Euro (eigene Berechnung).

31 Siehe <www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5ibV66m-BN-1ivTudAX4r7iebTWgA>.

32 Siehe <www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,649734,00.html>.

33 Siehe <www.ftd.de/politik/deutschland/studie-des-diw-reiche-sollen-schulden-abtragen/543148.html>.

34 DGB 5. März 2009.

35 Konzept Steuergerechtigkeit vom Januar 2009: <wipo.verdi.de/broschueren/konzept_steuergerechtigkeit_1_>.

36 Tax Justice Net, Aufruf 20. März 2009, <www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Aufruf_090320_Steueroasen-unterzeichnet.pdf>. Die interessantesten Forderungen in Bezug auf Deutschland lauten: Ein automatischer Informationsaustausch zwischen nationalen Steuerbehörden – wie er im Rahmen der EU-Zinsrichtlinie praktiziert wird. Länderbezogene Offenlegungspflichten für alle für eine effektive Besteuerung notwendigen Angaben. Auflagen für Banken und Unternehmen, sich im Gegenzug für öffentliche Unterstützung aus Steueroasen zurückzuziehen oder zumindest ihre diesbezüglichen Geschäftsbeziehungen vollkommen offen zu legen.

Konjunkturpakete auf den Ausbau des Straßen- und Individualverkehrs zum Teil deutliche Kritik auf sich. Besonders in die Kritik geriet die so genannte Abwrackprämie. Durch sie kamen Halter von mindestens neuen Jahre alten Autos zeitweilig in den Genuss einer staatlichen Einmalzahlung von 2.500 Euro, wenn sie einen Neuwagen anschafften und den alten Wagen nachweislich verschrotteten. Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) bemängelte an diesem Konzept vor allen, dass man für den Klimaschutz viel mehr hätte erreichen können, wenn man die Prämie an Umweltkriterien gebunden oder das Geld in alternative Verkehrsmittel investiert hätte. Zudem hätte nach Meinung des VCD „die Förderung des Öffentlichen Verkehrs, der Nachrüstung von Partikelfiltern in Lieferfahrzeugen und neuer Umwelttechnik in Lkw höhere Beschäftigungseffekte und eine bessere Umweltbilanz erzielt“.³⁷

Eine vollständige Analyse der Konjunkturpakete in Hinblick auf deren ökologische Auswirkungen hat der *World Wildlife Fund* (WWF) vorgelegt. Die Ergebnisse sind augenfällig: „Nur sechs von 32 Maßnahmen“, so die Studie, hätten positive ökologische Effekte. Bezogen auf die Mittelverwendung könnten „bestenfalls 13 Prozent (...) als nachhaltig eingestuft werden.“ Der einzige »grüne« Schwerpunkt seien die Investitionen in energetische Sanierungen im Haus- und Wohnungsbereich, die jedoch mit circa „neun Milliarden Euro einen zu geringen Anteil am Gesamtvolumen“ aufwiesen. Gänzlich fehlten „innovative Ansätze zur Verkehrsvermeidung, zur Förderung ökoeffizienter Produkte oder ressourcen-schonender Produktionsverfahren“. Auch ökologische Förderrichtlinien für die Mittelverwendung gebe es kaum.³⁸

37 Siehe <[www.vcd.org/688.html?&tx_cwtpresscenter_pi1\[showUid\]=636](http://www.vcd.org/688.html?&tx_cwtpresscenter_pi1[showUid]=636)>.

38 *World Wildlife Fund* (WWF) 2009: J. Cottrell, A. Görres, F. Prange, K. Schlegelmilch und S. Schmidt: Sind die deutschen Konjunkturpakete nachhaltig? <www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf_neu/Konjunkturpaket_D_V25_12-06-2009.pdf>.

Entwicklungspolitik: Mehr als nur Almosen?

Direkt aus dem Mitteln des Konjunkturpakets II hat die Bundesregierung dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) außerplanmäßig 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Mittel fließen in den Infrastrukturfonds der Weltbank.³⁹ Der Schritt wurde vom Verband entwicklungspolitischer NRO (VENRO) begrüßt, die Höhe dieses „Konjunkturpaketes für Entwicklungsländer“ jedoch gleichzeitig als „nicht ausreichend“ kritisiert. „Die Ärmsten der Armen werden mit Almosen abgespeist, obwohl sie von den Folgen der Krise am meisten betroffen sind“, beanstandete VENRO-Vorstandsvorsitzende Claudia Warning.⁴⁰ Tatsächlich machen die genannten 100 Mio. Euro nur 0,2 Prozent des Umfangs des Konjunkturpaketes II aus.⁴¹

Über die Finanzspritze für die Weltbank hinaus hat sich die Entwicklungsbank der KfW mit 130 Millionen US-Dollar an frischem Geld an einem Fonds beteiligt, der „Refinanzierungsengpässe bei Mikrofinanzinstitutionen in Entwicklungs- und Transformationsländern“ abfedern hilft.⁴² Auch hat das BMZ auf die sich mit den steigenden Nahrungsmitteln bereits 2007 abzeichnende Hungerkrise reagiert: Im Rahmen der auf dem G8-Gipfel 2008 in Toyako vereinbarten „Globalen Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährungssicherung“ hat das Ministerium 600 Millionen Euro für Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung zugesagt. Auf dem Gipfel in L’Aquila haben die G-8 insgesamt sogar 20 Milliarden US-Dollar in den kommenden drei Jahren für ländliche Entwicklung zugesagt. Die Bundesregierung will hierzu drei Milliarden US-Dollar

39 Regierungserklärung 29. Jan. 2006, S.6, <www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/20090129_Regierungserklaerung.pdf>.

40 Siehe <www.venro.org/404.html>.

41 Eigene Berechnung.

42 Entwicklungspolitische Bilanz der 16. Legislaturperiode des BMZ, siehe <www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/Entwicklungspolitische_Bilanz_16_Legislatur.pdf>.

beitragen. Wie viel davon jedoch frisches Geld sein wird, muss sich erst noch erweisen.⁴³

Fazit

Auch nachdem das ganze Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise sichtbar geworden ist, hat sich die Bundesregierung als äußerst zurückhaltend erwiesen, auf Forderungen einzugehen, den Finanzsektor stärker zu regulieren. Obwohl die Bundesregierung finanzielle Verpflichtungen in noch nie da gewesener Höhe übernommen hat, verzichtet sie darauf, die wirtschafts- und ordnungspolitischen Spielräume gegenüber der Finanzwirtschaft zu nutzen, die ihr aus der Situation erwachsen. Damit vergibt sie nach Auffassung vieler ihrer KritikerInnen die Chance, künftige Wirtschafts- und Finanzkrisen beherrschbarer zu machen.

Andererseits wurden – vielleicht mit Ausnahme der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes – auch keine sozial- oder arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ergriffen, die wesentlich dazu hätten beitragen können, die sozialen Auswirkungen der Krise insbesondere auf arme Menschen in Deutschland zu mindern. Im Gegenteil: Durch haushaltspolitische Selbstbeschränkungen könnte sich die Bundesregierung in eine Lage manövrieren, die einen forcierten sozialpolitischen Sparkurs – und damit letztlich die Sozialisierung privater Zahlungsverpflichtungen zwecks Verhinderung eines erneuten Crashes – nahe legt. Doch nicht nur soziale, auch ökologische und entwicklungspolitische Aspekte spielen bei der Krisenbewältigung lediglich eine untergeordnete Rolle.

Uwe Kerkow ist freier entwicklungspolitischer Fachjournalist. In dieser Eigenschaft betreut er den Social Watch Report Deutschland seit 2002.

43 Ebenda, vgl. auch die Rede von Bundesministerin Wieczorek-Zeul vom 11. Juli 2008, <www.bmz.de/de/presse/reden/ministerin/2008/juli/rede_20080711.html>.